

Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur Einbringung des Haushaltsplans 2019 in der Sitzung des Gemeinderats am 11. Oktober 2018

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Kolleginnen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

den Haushaltsplan einzubringen ist stets ein besonderer Moment. So auch in diesem Jahr. Nicht nur wegen der kommunalpolitischen Weichenstellungen, die mit dem Haushaltsplanentwurf aufgezeigt und vorgeschlagen werden, sondern auch wegen der gesamtgesellschaftlichen Verflechtungen.

Unser kommunales Handeln hat für alle, die in Waiblingen leben und arbeiten oder Arbeitsplätze bereitstellen, unmittelbare Auswirkungen. Hier braucht es keine Gesetze, die vom Bund über das Land mit Ausführungsvorschriften versehen und durch Richtlinien konkretisiert werden müssen. Die Entscheidungen des Gemeinderats regeln die örtlichen Angelegenheiten direkt und unmittelbar. Dennoch arbeiten wir nicht im luftleeren Raum, sondern sind als Kreisstadt ein nicht unwesentliches Rädchen im politischen Gesamtgefüge, das nicht nur mitgedreht wird, sondern eigene Impulse setzt und mit die Geschwindigkeit bestimmt.

Lassen Sie uns daher über den kommunalen Horizont hinausschauen, um die Herausforderungen zu betrachten, vor die wir nicht nur in Waiblingen gestellt sind, sondern die auch andere zu meistern haben. Lassen Sie uns auch die Frage stellen, wie wir als Stadt aufgestellt sind, um sie anzupacken. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Mitteln im Haushaltsplan, ohne die ein Tun nicht möglich wäre.

Was bewegt die Menschen im Land, im Bund und in der Stadt?

Der Blick in die Tageszeitungen, in den überregionalen Politikteil, wird aktuell und wurde in den zurückliegenden Monaten vor allem von diesen Themen bestimmt:

Wohnungsnot: Wie kann es gelingen, allen Menschen ausreichend und für jeden erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen?

Fachkräftemangel: Wie gelingt es, dass unsere Unternehmen die Beschäftigten finden können, die sie benötigen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können?

Integration: Wie kann sie gelingen, was braucht sie und was macht sie aus? Was ist zu tun, damit die Fliehkräfte einer auseinanderdriftenden Gesellschaft nicht die Oberhand gewinnen?

Stau und Feinstaubbelastung: Wie gelingt es, unsere Mobilität als Grundlage der Wirtschaftskraft auch künftig zu gewährleisten, um den Transport von Gütern und Personen sicherzustellen?

Die Aufzählung ließe sich noch fortsetzen. Ich meine, es sind vor allem diese Themen, die derzeit im Fokus der Medien und der öffentlichen Diskussion sind.

Wie steht es also um das Wohnen generell und in Waiblingen? Eine kürzlich vom Verband Region Stuttgart durchgeführte repräsentative Umfrage hat ergeben, dass die Menschen in der Region die Wohnungsnot als gravierendes Problem empfinden. Zu Recht, weil diese Problematik in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und so gut wie jeder jemanden kennt, der sich auf dem Wohnungsmarkt schwer tut. Und wenn ich sage, in der Mitte der Gesellschaft angekommen, dann meine ich damit auch, dass es nicht nur spezielle Schichten und Einkommensgruppen sind, die keine oder nur schwer eine Wohnung finden.

Der kürzlich veranstaltete Wohnungsgipfel des Bundes brachte einiges auf den Weg. Ich will nun nicht zu denjenigen gehören, die nur Haare in der Suppe suchen, auch wenn das eine weit verbreitete Mode ist - und Sie wissen, viele Haare auf dem Kopf sind gut, ein Haar in der Suppe ist schlecht. Ich will eher sagen: Es hat sich endlich etwas bewegt. Immerhin will der Bund die Zuwendungen für den sozialen Wohnungsbau auf 5 Mrd. Euro verdoppeln, das Wohngeld für einkommensarme Familien erhöhen, und die Einführung des Baukindergeldes ist ein Beschluss, von dem man den Eindruck bekommen könnte, man hat in Berlin die Vorlagen zum Waiblinger Baukindergeld gelesen und auf die Bundesrepublik umgesetzt.

Und wie ist Waiblingen aufgestellt, um die Impulse des Wohnungsgipfels aufzunehmen und umzusetzen? Wir haben eine Wohnungsgesellschaft, die seit vielen Jahrzehnten einen Teil unserer öffentlichen Wohnungen hält und bewirtschaftet. Es war im vergangenen Jahr die Absicht, durch Personalaufstockung mit einer halben Stelle im technischen Bereich, dazu beizutragen, dass die notwendigen Sanierungen vorgenommen werden, damit das kommunale Wohnungsvermögen erhalten bleibt.

So gut die Baukonjunktur ist, so gravierend haben wir die Auswirkungen bei der Personalsuche gespürt. Nach zweimaliger erfolgloser Ausschreibung wurde die Reißleine gezogen und ein freier Architekt zur Unterstützung beauftragt. Das ist gut, aber nicht das, was wir erreichen wollten. Und wenn man die Beschlüsse des Gemeinderats der vergangenen Jahre betrachtet, auch die Ziele unserer Wohnungsklausur aus dem vergangenen Jahr, dann ist der Wunsch, noch mehr kommunalen Wohnraum zu schaffen, greifbar und ein gemeinsames Ziel.

Lassen Sie mich dabei betonen, dass es weder Ziel noch Absicht ist, komplett auf Investoren, auch im bezahlbaren Wohnraum, zu verzichten. Die Stadt Waiblingen praktiziert ein PPP-Modell, PublicPrivatePartnership, gerade in diesem Bereich, wenn Sie an die Vergabe von Bauplätzen in Waiblingen Süd oder im Bereich der Emil-Münz-Straße, hinter dem neuen Gebäude des Kreisdiakonieverbandes, denken.

Mit vernünftigen Bodenpreisen gelingt es Dritten, kostengünstigen Wohnraum zu errichten, für den die Stadt Belegungsrechte über 25 oder 30 Jahre bekommt. Genau so wichtig ist aber auch, durch eigenes Immobilienvermögen ein Player im Wohnungsbau zu sein und zu bleiben. Die Mischung macht es eben, und die Schaffung von kommunalem Vermögen ist eine Vorsorge, die nur durch eigenes Investieren gelingt.

Daher müssen wir einiges unternehmen, damit wir unsere Wohnungsgesellschaft so aufstellen, dass sie zu einer Wohnungsbaugesellschaft wird. Dazu gehört eine angemessene personelle Ausstattung. Dann wird es gelingen, die anstehenden Bauvorhaben in Berg-Bürg und in der Winnender Straße anzugehen. Darüber hinaus sind genügend weitere Aufgaben vorhanden, um diese Gesellschaft die nächsten Jahre auszulasten.

Nur so sind wir auch in der Lage, die angekündigten Bundesmittel für den Sozialwohnungsbau in Anspruch zu nehmen und in Waiblingen einzusetzen.

So einig alle sind, sei es im Bund, im Land und in der Stadt, dass Wohnungen fehlen, so uneins ist man in der Frage, wo sie gebaut werden sollen. Auch wir diskutieren die Frage immer wieder, wenn es um die Ausweisung eines Baugebiets geht.

Wer nun aber meint, dass es auf der Grünen Wiese eben besonders schwer ist, liegt nicht ganz falsch, aber die durchaus auch kontroversen Beratungen bei der Nachverdichtung zeigen, dass es keinen Königsweg gibt, sondern beides notwendig ist. Man wird nicht auf die Inanspruchnahme von Freiflächen verzichten können, wenn man den gesellschaftlichen Frieden in der Stadt und in gewachsenen Wohngebieten nicht aufs Spiel setzen möchte.

Mit dem Waiblinger Baulandmodell machen wir es uns nicht einfacher. Aber wir machen es besser. Der Blick auf Bäumlesäcker und auf Berg-Bürg bestätigt die Richtigkeit. In Berg-Bürg sind so gut wie alle Grundstücke verkauft und werden in den nächsten fünf Jahren bebaut. In Bäumlesäcker ist die komplette Bebauung fast erreicht. So ist es zu rechtfertigen, dass Bauland ausgewiesen wird, weil es nämlich gebraucht und zeitnah bebaut wird.

Und wir sind auch in der Nachverdichtung erfolgreich. Auf dem Krankenhausareal und der Konversionsfläche in der Schorndorfer Straße werden Wohnungen geschaffen, die den urbanen Charakter unserer Stadt unterstreichen.

Ich will nicht nachkarten, aber es nicht anzusprechen, wäre eine Unterlassungssünde. Bei unserer Informationsfahrt nach Hamburg haben wir im Bereich Wilhelmsburg gesehen, was im experimentellen Wohnungsbau möglich ist, wie sehr er gefragt ist und wie er ein Quartier positiv prägt. Die Maßstäblichkeit von Wilhelmsburg und Waiblingen ist durchaus vergleichbar. Warum sollten nicht auch wir mutig sein? Sicher der Turmschreck aus Fellbach hat so manche Diskussion, auch in der Bürger-

schaft geprägt. Aber das darf einen doch nicht lähmen. Hamburg ist nicht Waiblingen, Fellbach aber auch nicht. Im Grunde genommen ist es doch ein Glücksfall, dass wir ein Hochhausgrundstück haben, das an der richtigen Stelle dafür liegt. Wenn wir uns an der IBA 2027 beteiligen wollen, und daran besteht für eine Kreisstadt doch kein Zweifel, wenn nicht dort, wo dann?

Mit unserem Suchlauf nach Wohnbauflächen und unserem aktiven Tun, ich erinnere an die Ausübung des Vorkaufsrechts in Neustadt, sorgen wir dafür, dass auch weiterhin Wohnraum geschaffen wird. Dabei dürfen wir aber nicht verkennen, dass unser Wachstum bewältigbar bleiben muss.

Alle Städte wachsen. Waiblingen auch, mehr als andere. Die für die Neubürger erforderliche Infrastruktur muss ebenso mitwachsen. Wir sehen das am Bauprogramm für Kindergärten. Ebenso mitwachsen muss die Bereitschaft der ansässigen Bevölkerung, dass sich die neu Zuziehenden integrieren können. Dabei denke ich nicht nur an Flüchtlinge oder anerkannte Asylbewerber. Das gilt für alle.

Natürlich sind die Integrationsanstrengungen gerade für die zuletzt genannten Gruppen besonders hoch. Da dürfen wir auch nicht nachlassen. Aber es ist unser aller Aufgabe, mitzuhelfen, die Gesellschaft zusammenzuhalten, den Kitt zu stärken, um seine Adhäsionskräfte auch künftig zu entfalten.

Was ist denn eigentlich der Kitt unserer Gesellschaft? Es sind die Vereine, die Kirchen, alle Organisationen und Institutionen, die für andere da sind und zeigen: Niemand muss allein bleiben. Es ist aber auch die Nachbarin oder der Nachbar, der mit offenen Augen und offenem Herzen nach anderen sieht und sich um sie kümmert.

Mit unseren im Haushaltsplan bereitgestellten Mitteln im Bereich der Vereinsförderung in allen Bereichen, sei es Kultur, Sport oder im sozialen Bereich, leisten wir einen wichtigen Beitrag, dass die Vereine und Organisationen ihre Arbeit erbringen können. Verlässlich und auf hohem Niveau.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch unsere Feuerwehr ansprechen. Ehrenamtlich, mit hoher Kompetenz und Verantwortung leistet die Mannschaft enorm viel. Die Einsätze nehmen zu. Unsere Gesellschaft soll immer „sicherer“ werden. Mit dem Feuerwehrbedarfsplan, den wir vergangenes Jahr verabschiedet haben, wurden wichtige Weichen gestellt. Die Abteilungen in den Ortschaften und die Kernstadtabteilung bilden zusammen eine Einheit. Diese zu formen, gelingt unserer Führungsmannschaft, Kommandant Wolf und seinem Stellvertreter Aldinger, gemeinsam mit den Abteilungskommandanten in bravouröser Art und Weise.

Darauf können wir stolz sein. Aber auch sie müssen sich darauf verlassen können, dass die im Feuerwehrbedarfsplan festgelegten Rahmenbedingungen eintreten. Dazu gehört die Beschaffung von Fahrzeugen, von persönlicher Schutzausrüstung, die Gewährung von Aus- und Fortbildung sowie die personelle Unterstützung im Tagesbereich. Im Haushaltsplanentwurf sind die dafür notwendigen Mittel und Stellen ver-

anschlagt. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass die Feuerwehr sehr sparsam mit diesen Mitteln umgeht. Auch sind Mittel für die Feuerwehrhäuser eingestellt, die umgebaut werden müssen, damit bessere Umkleiden, und vor allem für Frauen und Männer getrennt, vorhanden sind.

Auch das ist übrigens ein Teil des „Kitts der Gesellschaft“: Gleichberechtigung.

Die Sanierung und der Umbau sind im Jahr 2018 nicht so vorangekommen, wie das vorgesehen war. Das ist bedauerlich, aber heute nicht mehr zu ändern. Der Blick geht nach vorn, was bedeutet, dass wir im Jahr 2018 noch in Hohenacker beginnen und dann in 2019 und 2020 auch die Feuerwehrhäuser in Bittenfeld und Hegnach auf der Agenda stehen.

Nicht vergessen werden darf das zentrale Projekt „Neues Feuerwehrhaus in der Kernstadt“. Dieses Vorhaben benötigt einen längeren Planungsvorlauf. Vor allem, weil die zentrale Frage des Standorts nur im Kontext mit anderen Einrichtungen wie der Leitstelle, dem DRK und dem Betriebshof beantwortet werden kann. Auch wenn dafür keine Mittel im Haushaltsplan eingestellt sind, wird an diesem Projekt weiter gearbeitet.

Alle diese Maßnahmen sind kein Selbstzweck. Sie sind notwendig, um den Fachkräftebedarf im ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bereich der Feuerwehr zu decken. Denn uns geht es hier nicht anders als den Unternehmen. Fachkräfte sind Mangelware.

Wenn man die Zahl der offenen Stellen oder von neuen Stellen hört, die bei Waiblinger Unternehmen geschaffen werden, weiß man, dass dies keine Randnotizen sind, sondern veritable Herausforderungen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Da sind wir gefordert, um die Rahmenbedingungen zu schaffen. Fachkräfte brauchen Wohnraum, das ist das eine. Auf meine Ausführungen verweise ich.

Das andere sind gute Verkehrsanschlüsse. Wir sind eine Pendlerregion. Mit allen Vor- und Nachteilen. Die schönen Seiten einer prosperierenden Wirtschaft, die vom Automobilbau getrieben wird, akzeptieren wir gerne. Die nicht ganz so angenehmen Seiten, so mein Eindruck, wollen manche aber dazu nutzen, um dem Automobil den Garaus zu machen.

Keine Frage, unsere Automobilindustrie muss Antworten liefern, wie die Mobilität der Zukunft, vor allem in den Städten ökologisch vertretbar und wirtschaftlich machbar bewältigt werden kann. Schummelsoftware oder das Verteufeln des Dieselmotors helfen dabei nicht. Sie schaden unserer Wirtschaft. Wir sind ein, nein, *das* Land der Erfinder. Technisch ist vieles machbar. Selbst die funktionierende Nachrüstung. Politik und Wirtschaft müssen Wege finden, um das Vertrauen in den Automobilstandort Deutschland, der auch durch unsere Region geprägt wird, wieder zurück zu gewinnen.

Wir müssen den Umbau der Mobilität vom reinen Verbrennungsmotor zum E-Antrieb und zum emissionsfreien Fahren begleiten und mitgestalten.

Dies trägt mit dazu bei, dass Waiblingen seinen ökologischen Fußabdruck versucht, so gering wie möglich zu halten. Wir tun dies aber nicht nur bei der Mobilität. Denken Sie an die Sanierungen von Gebäuden, um den Energieeinsatz zu minimieren, den Bezug von Ökostrom für die Stadt und ihre Gesellschaften, den Ausbau der Fernwärme, denken Sie an die vielen Maßnahmen zur Verbesserung der Ökologie und zur Renaturierung, an unsere Blühstreifenaktion, an die Energieagentur, um nur ein paar Themenfelder zu benennen.

Dieses aktive Handeln ist in den vergangenen Jahren stets mit dem eea in Silber belohnt worden. Heute wurde von der Europäischen Geschäftsstelle des eea in Brüssel mitgeteilt, dass Waiblingen die Auszeichnung in Gold erhält. Das ist eine Gemeinschaftsleistung von Gemeinderat, der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung. Dies kann uns alle mit Freude erfüllen. Die Gold-Medaille ist aber auch Ansporn, im Tun nicht nachzulassen.

Das werden wir auch nicht, denn es wird weiterhin bei der Beschaffung von neuen städtischen Fahrzeugen und Maschinen stets geprüft, was elektrisch machbar ist. Auch das Netz der Ladesäulen wird kontinuierlich erweitert. Im November 2018 geht unsere erste Schnellladesäule in der Heerstraße in Betrieb. Eine weitere folgt in der Dammstraße. Diese ist auch für den hoffentlich rasch elektrisch fahrenden Citybus nutzbar und wichtig.

E-Mobilität wird in Waiblingen auch dadurch gefördert, dass der Ladestrom bisher nach wie vor kostenfrei ist, genauso wie das Straßenrandparken. Aber auch E-Fahrzeuge oder autonome fahrende brauchen Straßen. Daher darf der Ausbau der Verkehrswege nicht in Vergessenheit geraten. Überörtlich halte ich nach wie vor die Nordosttangente in Kombination mit der Filderauffahrt für eine Entlastungsstraße, von der auch Waiblingen und vor allem Hegnach profitieren können. Das Gespenst der Blechlawine, das bei Aktionstagen auf das Schmidener Feld gemalt wird, blendet aus, dass wir schon heute diese Blechlawine durch unsere Städte fahren haben.

Sicher, Verkehr vermeiden ist ein hohes Ziel. Der Verkehr, der aber vorhanden und notwendig ist, muss möglichst verträglich gelenkt werden. Für Menschen und die Umwelt.

Mit dem Neubau des P+R Hauses am Bahnhof und einer Erhöhung der Parkkapazitäten werden Anreize für einen Umstieg auf den ÖPNV geschaffen.

Unsere Philosophie ist, alle Verkehrsträger zu berücksichtigen. Dazu gehört auch das Fahrrad. Mit dem Biketower am Bahnhof und der Ausweisung von Radwegen, örtlich und überörtlich, sorgen wir dafür, dass auch dieser Verkehrsträger zu seinem Recht kommt.

Für all diese Maßnahmen sind im Haushaltsplan und in den Wirtschaftsplänen unserer Gesellschaften ausreichend Mittel veranschlagt.

Die Sicherstellung der Mobilität für Menschen und Güter ist ein wesentlicher Faktor für die hohe Wertigkeit des Wirtschaftsstandorts Waiblingen.

Wir freuen uns alljährlich über die hohen Gewerbesteuerereinnahmen. Diese sind keine Selbstverständlichkeit. Sie sind der Erfolg unserer Betriebe, ob groß oder klein. Jeder ist wichtig. Für 2019 sind - wie in diesem Jahr - erneut 53 Mio. Euro veranschlagt.

Wir könnten eigentlich rundum zufrieden sein, wenn da nicht die Endlichkeit der Resource „Fläche“ wäre. Die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist nämlich, den Bestand zu sichern, wozu gehört, den ansässigen Betrieben Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Dies gelingt aber nicht mehr, da es keine verfügbaren Flächen mehr gibt. Hier gilt im wahrsten Sinne des Wortes der Spruch: „Ende Gelände!“

Und das ist nicht nur in Waiblingen der Fall. Regional betrachtet, nähert man sich dem Bestand „Null“. Dabei ist es nicht so, dass es in den Flächennutzungsplänen der Kommunen gar keine Ausweisungen mehr gibt. Aber mit der Ansiedlung von Unternehmen sind nicht nur Wohltaten zu erwarten, sondern auch Belastungen, Verkehr, Emissionen, manchmal auch Bürgerproteste.

Ich bin froh, dass wir in Waiblingen eingedenk dieses Wissens handeln. Der Suchlauf für neue Gewerbeflächen läuft. Diese sind nicht von heute auf morgen realisierbar. Sie brauchen einen langen Atem, passende Lage und die notwendige Bereitschaft der Grundstückseigentümer, ihre Flächen einzubringen.

Denn auch hier gilt: Nur, wenn alle mitmachen, wird ausgewiesen. Denn was nützen freie Flächen in einem Gewerbegebiet, die nicht mit Unternehmen belegt sind.

Natürlich setzen wir auch hier nicht nur auf die Neuausweisung, sondern entwickeln auch im Bestand. Ein echter Meilenstein ist die Neunutzung des Hess-Areals mit der Daimler Ansiedlung. Wertvolle bisher untergenutzte Flächen werden nun einer adäquaten und zukunftsorientierten Nutzung zugeführt.

Dabei sind es nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch die Bereitschaft des Autobauers, neue Mobilität von Waiblingen aus auf den Weg zu bringen. Das gilt für die Antriebsart und auch die Entwicklung des autonomen Fahrens.

Ausgaben in Forschung und Entwicklung sind die Sicherstellung einer guten Zukunft. Das gilt für Daimler, das gilt für Stihl, wie wir nicht nur an der Akkuproduktion erkennen, das gilt für alle Unternehmen. Wir können froh über unseren Gewerbebesatz und stolz auf diesen sein.

Sich auf diesem Pfund auszuruhen, wäre aber falsch. Das tun wir auch nicht. So sorgen wir auch dafür, dass unsere Unternehmen mit Breitbandanschlüssen versorgt wurden und werden, bevor es irgendeiner Kooperation mit der Telekom bedurfte. Es wird sich weisen, ob der Letter of Intent, also eine Absichtserklärung, wirklich das Gelbe - in diesem Fall das Magentafarbene - vom Ei ist. Unglücklich finde ich, dass dieser ohne kommunale Beteiligung, ohne Beteiligung der anderen Anbieter und insbesondere der Stadtwerke ausgehandelt wurde.

Nach wie vor agiert die Telekom lokal nicht so, wie es von der Konzernleitung verkündet wird. Partnerschaft sieht anders aus. Ein bisschen erinnert es an die alte Geschichte vom Huhn, das mit dem Schwein eine Kooperation eingehen möchte, um Ham and Eggs, Eier mit Speck, zu produzieren. Unsere Stadtwerke dürfen dabei nicht der Schinkenlieferant werden.

Unsere Stadtwerke und die Stadt selbst haben in den vergangenen Jahren schon einige Anstrengungen unternommen, um den Breitbandausbau voranzubringen. Angesichts der Umwälzungen im Markt wurden die Vereinheitlichung des städtischen Netzes und die Bündelung der Breitbandleitungskompetenz bei den Stadtwerken auf den Weg gebracht. Beispielsweise sind bei uns schon 11 von 14 Schulen an das Glasfasernetz angebunden. Wir müssen diese Leitungen und Knotenpunkte für den flächendeckenden Breitbandausbau nutzen.

In Glasfaser zu investieren, sichert Wettbewerbsvorteile und schafft auch Nutzen in anderen Bereichen, denken Sie nur an eine Reduktion des Pendlerverkehrs. Um das zu verdeutlichen, lassen Sie mich aus einer E-Mail zitieren, die mich vor wenigen Wochen erreicht hat. Ein Mitbürger schrieb, er sei Crash-Ingenieur bei Daimler und arbeite auch von zu Hause aus. Das kann er aber nur, wenn er leistungsfähiges Internet bekommt. Das zu bewerkstelligen ist wichtig, nicht nur für ihn, denn die Anzahl der Homeoffice-Arbeitsplätze wird steigen. Vor allem, wenn es darum geht, in Liveschaltungen auch mit Kollegen zu sprechen, die in anderen Zeitzonen arbeiten. Deshalb müssen wir unsere Breitbandoffensive fortsetzen und auf den Eigenausbau setzen, gerne in Kooperation mit der Telekom, wenn diese verlässlich liefert und der Letter of Intent mehr ist, als eine gut promotete Marketingmaßnahme.

Den Wirtschaftsstandort Waiblingen stärken und den Fachkräftemangel lindern hilft auch die Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Waiblingen kann sich auch hier sehen lassen. Mit 60 % Bedarfsdeckung im Bereich U3 sind wir weit über den Landesvorgaben hinaus. Wir spüren das auch im Haushaltsplan. Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt sind erneut maßgeblich durch den Bereich Bildung und Erziehung geprägt.

Seien es die eigenen Investitionen in die neue Kita in Waiblingen Süd, gemeinsam mit Wohnungen und Turnhalle, oder Zuschüsse für Dritte, wie für die Stihl-Kita und die anderen kirchlichen und freien Träger. Aber auch die anlaufenden Planungen für die Erweiterung der Kita Berg-Bürg und die Schaffung einer Einrichtung im Bereich der Schillerschule zeigen, dass auch hier dezentral gedacht und gehandelt wird.

Mit Ausgaben in Höhe von knapp 28 Mio. Euro ist dies der zweitgrößte Ausgabeposten im Ergebnishaushalt nach den Personalausgaben, lässt man die von uns nicht beeinflussbare Kreisumlage außen vor.

Ich betone erneut: In Kinder angelegtes Geld ist gut angelegt. Allerdings kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden und es ist stets zu hinterfragen, wofür. Natürlich sind Kindertagesstätten und Schulen mit einer umfassenden Ganztagsbetreuung auch Teil des gesellschaftlichen Kitts. Spracherwerb, soziale Kompetenz, ganzheitliche Erziehung und Bildung in Ergänzung, nicht als Ersatz, zur Erziehung des Elternhauses, sind qualitativ hochwertige Markenzeichen unserer Stadt.

Aber eine Stadt ist mehr als die Summe ihrer Kindergärten und Schulen. Sie ist immer ein Gesamtwerk aus vielen Mosaiksteinen. Und wenn Sie sich vor ihrem geistigen Auge ein schönes Mosaik vorstellen, in dem nur ein Steinchen fehlt, geht Ihr Augenmerk vor allem dorthin. Daher dürfen wir nicht nur Teile betrachten und anderes ausblenden, sondern wir müssen alles, was Waiblingen ausmacht, im Blick behalten.

Der Haushaltsplanentwurf ist so aufgebaut. Die Schwerpunkte liegen im Bereich Bildung und Erziehung und in Zukunftsinvestitionen, wie die Digitalisierung. In einem folgenden Tagesordnungspunkt wird die Vorlage zur Digitalisierung der Waiblinger Schulen eingebracht.

Wir gehen konzeptionell voran und greifen nach den virtuellen Sternen, wie es kaum eine andere Kommune tut. Dennoch machen wir es mit Augenmaß und verlieren die mögliche Förderung nicht aus dem Blick. Schließlich sind uns Kommunen Mittel von Bund und Land in Milliardenhöhe zugesagt.

Ob diese bei uns ankommen, wird auch an der Mitwirkung der Länder liegen. Für die Haltung von Ministerpräsident Kretschmann, dass man die Kultushoheit der Länder nicht für dieses Geld verkaufen darf, habe ich Verständnis. Gleichwohl darf das Föderalismusprinzip nicht dazu führen, dass wichtige Maßnahmen auf kommunaler Ebene ins Stocken geraten.

Die Zuweisung der Bundesunterstützung über Steuermittel wäre besser. Wobei wir Kommunen mit Argusaugen darauf achten müssen, dass von diesem Geld nicht wieder zu viel beim Land hängen bleibt, wie wir das schon öfter erlebt haben.

Die Situation ist knifflig. Denn nichts zu tun und auf die Förderung zu warten, ist nicht angezeigt. Schließlich wollen wir die Digitalisierung der Schulen voranbringen. Aber alle Maßnahmen, die wir jetzt mit eigenem Geld umsetzen, werden nicht mehr rückwirkend bezuschusst. Briefe an die Kultusministerin haben dies bestätigt, auch wenn sie sich dafür einsetzen möchte, dass eine rückwirkende Bezuschussung möglich werden soll. Das ist aber keine Zusage.

Daher habe ich mich auch an die Finanzministerin gewandt, um dafür zu werben. Bisher sind allerdings auch die Bemühungen des Städtetags in gleicher Richtung erfolglos. Kurzum: Wenn wir jetzt Geld in die Hand nehmen, tun wir dies auf eigene Kasse und auf das Risiko, Zuschüsse zu verlieren.

Um einen ersten maßvollen Schritt zu tun, wollen wir in 2019 mit zwei Schulen beginnen. Der Rinnenäckerschule und dem Salier Gymnasium. Beide bieten gute Startvoraussetzungen, um die Digitalisierung rasch umsetzen zu können. Aber auch diese Maßnahmen schlagen mit rund 860.000 Euro zu Buche.

Aber nicht nur bei den Schulen geht es voran. Mit der Einstellung eines Koordinators für die Digitalisierung haben wir richtig gehandelt. Das Feld ist derart breit angelegt, dass eine Person schon genügend zu tun hat, um die Fäden zu sichten, zu bündeln und in der Hand zu haben. Es ist erstaunlich, wie weit wir schon bisher waren. Die Gesamtschau bildet nun die Grundlage, um neue Prozesse zu entwickeln und zu vernetzen. In der Novembersitzung des WKS werden wir über den Digitalisierungsstand berichten.

Die Möglichkeit, immer mehr städtische Dienstleistungen von zu Hause aus in Anspruch zu nehmen, wird auch die Arbeitsabläufe und die Bürokultur der Stadtverwaltung verändern. Dazu machen wir uns auch bei den Planungen zur Optimierung der Situation im Bürgerbüro Gedanken.

Wir haben eine leistungsfähige und motivierte Stadtverwaltung. Neue Aufgaben oder mehr werdende Aufgaben benötigen mehr Personal. Im Haushaltsplanentwurf sind 50,7 Mio. Euro Personalkosten veranschlagt. Auch hier gilt: Gut angelegtes Geld.

Die Steigerung um 3 Mio. Euro gegenüber 2018 resultiert vor allem aus dem Tarifabschluss vom April dieses Jahres, der auch die Gehaltssteigerungen für 2019 und 2020 umfasste. Darüber hinaus sind 12,5 neue Stellen vorgesehen.

Lassen Sie uns einen Blick auf den Finanzhaushalt werfen:

Im vergangenen Jahr haben wir darüber beraten, ob es sinnvoll wäre, im Finanzhaushalt, also dem früheren Vermögenshaushalt, eine Obergrenze für Investitionen einzuführen. Darauf wurde mehrheitlich verzichtet. Dennoch haben diese Beratungen auch ihre Nachwirkungen, und wir haben stets hinterfragt, ob das Arbeitsprogramm gestemmt werden kann.

Mit 22,7 Mio. Euro bewegt er sich knapp unter dem Ansatz des Vorjahrs. Eigentlich könnte man das so stehen lassen. Dennoch ist es mir ein Anliegen, diese Zahl aufzugliedern und im Vergleich zu 2018 darzustellen.

Der Ansatz 2018 war vor allem durch Grunderwerb geprägt. Anders stellt sich die Situation in 2019 dar. Hier sind viele Baumaßnahmen veranschlagt, die bezogen auf die Summen einen spezifisch höheren Personaleinsatz benötigen.

Für den Bereich Tiefbau kann Grünes Licht gegeben werden. Die Mittel und das Arbeitsprogramm können umgesetzt werden. Das hat die Erfahrung gelehrt.

Und wie steht es um den Hochbau? Die veranschlagten Projekte können umgesetzt werden. Allzu viel Spielraum ist auch nicht vorhanden. Schließlich sind viele auszufüllenden Brandschutzaufgaben notwendig. Die meisten anderen sind Sanierungen.

Dazu gehören auch zwei Projekte, auf die ich kurz eingehen möchte. Das ist zum einen das Staufer Gymnasium. Mit den Planungsmitteln schaffen wir die Voraussetzung, diese wichtige Schule weiter zu ertüchtigen, damit sie fit für die Zukunft bleibt. Mit der Sanierung des Klassenbaus, einschließlich der Fachklassen, geht auch die Verbesserung im Verwaltungsbereich einher. Diese Baumaßnahme wird ein Investitionsschwerpunkt der kommenden Haushaltsjahre sein.

Ebenso zum Bildungsbereich gehören die Umbaumaßnahmen an der Comenius-schule, mit denen die Auslagerung der Gruppen aus dem Kinderhaus Mitte möglich wird, damit dieses auch der Sanierung zugeführt werden kann. Angesichts der anstehenden Investitionen in Waiblingen Süd wird diese Sanierung noch etwas geschoben, wie es auch der Gemeinderat beschlossen hat.

Wenn ich nun betone, dass der Haushaltsplanentwurf vor allem durch Sanierungen bestimmt wird, dann soll damit nicht gesagt sein, dass alle wunschlos glücklich sind. Wünsche, Vorstellungen und Ideen zu haben, ist schließlich eine Triebfeder für Entwicklung und Fortschritt.

Beides wünscht sich die Musikschule nachhaltig. Nachdem die Idee, mit einem privaten Partner wegen Synergieeffekten zu kooperieren, nicht machbar ist, was vor allem am Grundstückszuschnitt und an den Grenzen der baulichen Ausnutzbarkeit liegt, müssen andere Lösungen gesucht werden. Es wurde darauf verzichtet, Haushaltsansätze vorsorglich einzustellen, von denen man nicht weiß, wie hoch sie sein sollen und wie realistisch sie sind.

Das gilt übrigens für alle Bereiche. Daher kann Ihnen ein Haushaltsplanentwurf vorgelegt werden, der die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit erfüllt. Er enthält keine Luftbuchungen, er ist wie jedes Jahr „auf Kante genäht“, ohne einzuzwängen.

Durch den Haushaltserlass des Landes könnten die diesjährigen Beratungen relativ entspannt werden. Dies soll nun nicht heißen, dass wir auf Wolken gebettet sind. Allerdings kommen auch in Waiblingen die hohen Steuereinnahmen bei Bund und Land an. Der Haushaltserlass 2019 hat zu Mehreinnahmen in Höhe von rund 6,9 Mio. Euro geführt. Mit den aktuellen Zahlen, die in dem Ihnen vorliegenden Planwerk eingearbeitet sind, ergeben sich folgende Eckdaten:

Das ordentliche Ergebnis liegt bei minus 1,624 Mio. Euro. Die Abschreibungen werden also größtenteils, bis auf diesen Betrag, erwirtschaftet. Stellt man die Erträge den Aufwendungen gegenüber und rechnet die Abschreibungen heraus, ergibt sich eine - nach kameralistischer Betrachtung - positive Zuführungsrate in Höhe von 7 Mio. Euro. Das ist gut, aber noch nicht zufriedenstellend. Und wir müssen uns bewusst sein, dass die fast vollständige Erwirtschaftung der Abschreibungen vor allem aufgrund der höheren Zuweisungen gelingt. Wenn wir auf die Leistungsfähigkeit des Ergebnishaushalts allein angewiesen wären, läge nach wie vor sehr viel Arbeit vor uns.

In wichtigen Teilbereichen haben wir diese bereits erfolgreich bewältigt, wenn ich an die Erhöhung des Kostendeckungsgrads auf 10 % im Kita-Bereich denke.

Die Kreisumlage soll auch dann angesprochen werden, wenn es sich um eher erfreuliche Nachrichten handelt. Sie ist mit einem Hebesatz in Höhe von 34,3 v.H. veranschlagt. Das entspricht der 50:50 Regelung, an der in guten, wie in schlechten Zeiten festzuhalten, sicher kein Fehler ist.

Gleichwohl ist festzustellen, dass die jährlichen Verbesserungen des Kreishaushalts in Höhe von über 11 Mio. Euro allein im Jahr 2018 durch die bisherige Praxis, alle Überschüsse der Schuldentilgung zuzuführen, damit der Gestaltungsmöglichkeit des Kreistags entzogen waren.

Es bleibt abzuwarten, ob eine Kreistagsmehrheit die Überschüsse für eine Dämpfung der Kreisumlage des Folgejahres einsetzen möchte, nachdem die Kreisumlagenhöhe mit Risiken kalkuliert ist, die von uns Kommunen bezahlt wurden, ohne dass diese Risiken bisher eingetreten sind. Jede gute Versicherung würde in einem solchen Fall eine Beitragsrückerstattung vornehmen.

Zurück zur Stadt: Die Verschuldung unseres kommunalen Kernhaushalts konnte auch im Jahr 2018 auf niedrigem Niveau gehalten werden. Aus heutiger Sicht wären, wenn alle Ausgaben und Einnahmen wie veranschlagt anfallen, im nächsten Jahr allerdings neue Kredite notwendig.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf ist genehmigungsfähig. Die Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer sind unverändert. Wir kommen - Stand heute - im nächsten Jahr ohne Steuererhöhungen aus.

Diese Ausführungen sollen nun nicht dazu verleiten, den Sparwillen aufzugeben, oder gar ein pures Frohlocken sein. Denn der Grundsatz: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not, gilt auch für die Stadt. Dazu gehört auch eine gewisse Selbstbeschränkung. Denn etwas aufzugeben, wenn man es sich einmal nicht mehr leisten können sollte, fällt schwer. Daher sollten wir auch nach wie vor alles auf den Prüfstand stellen, um die Notwendigkeit zu hinterfragen und die Wirtschaftlichkeit sicherzustellen.

Dennoch: Der Haushaltsplanentwurf 2019 kann uns alle zufrieden sein lassen. Dass wir insgesamt recht ordentliche Zahlen vorweisen können, liegt auch daran, dass Sie, der Gemeinderat, in den vergangenen Jahren auch Gebührenerhöhungen beschlossen haben und wir alle auf eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung Wert legen. Es ist daher auch unser aller Aufgabe, unsere Stadt wirtschaftlich auf Kurs zu halten. Dazu gehört auch, Maß zu halten in guten Zeiten.

Ich danke allen, die sich für unsere Stadt einsetzen, und denjenigen, die mit ihren Steuern, Abgaben und Gebühren dazu beitragen, dass wir in Waiblingen sehr gute und qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten können und eine umfassende Infrastruktur, welche die Lebensqualität nachhaltig positiv prägt, vorweisen können. Dies zu erhalten und sinnvoll auszubauen, wird auch künftig unser Ziel sein.

Herzlich danken darf ich auch denjenigen, welche den Haushaltsplan aufstellen und betreuen, aber auch der gesamten Mannschaft der Stadtverwaltung, die durch umsichtiges Wirtschaften mit Kompetenz und Motivation unsere Stadt voranbringt und ihre Arbeit tut.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle ein Wort an Sie, geschätzte Frau Kollegin Priebe, zu richten. Heute ist es Ihre letzte Gemeinderatssitzung in Ihrer Waiblinger Zeit. Morgen ist Ihre offizielle Verabschiedung im Kreise des Gemeinderats, langjähriger Weggefährten und geladener Gäste.

Viele Themen und Projekte, über die wir im aktuellen Haushaltsplanverfahren beraten und beschließen werden, tragen Ihre Handschrift. Das war auch in den zurückliegenden 16 Jahren der Fall. Ihr Wirken war, ist und bleibt sichtbar. Sie haben tatkräftig mitgeholfen, Waiblingen voranzubringen. Dabei haben Sie nicht nach dem bequemsten Weg gesucht, sondern sind auch standhaft und mutig geblieben, wenn es ungemütlich und rau wurde. Sie haben sich nicht verbiegen lassen und sind sich treu geblieben.

Das bringt Ihnen hohe Anerkennung, Wertschätzung und Dankbarkeit ein, die ich Ihnen im Namen der Stadt Waiblingen, der Stadtverwaltung und des Gemeinderats sowie auch namens von Frau Kollegin Dürr und persönlich ausspreche. Es hat Freude gemacht, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Es verwundert bestimmt niemanden, wenn ich bekenne, dass es manchmal auch „zur Sache“ ging. Aber das war Ihnen wichtig, und das haben Sie nicht gescheut: Die Auseinandersetzung „in der Sache“. Dafür stehen Sie, da darf auch heftig gerungen werden, um so mehr, wenn man sieht, dass Projekte dadurch gewonnen haben und besser wurden. Wir alle wünschen Ihnen weiterhin alles Gute, Gesundheit und einen guten Start in der Nachbarstadt. Man sieht sich!

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute und ersprießliche Haushaltsberatungen, auf die ich mich freue.